

Berliner Schulbau-Offensive = SPD, Grüne und Linke organisieren den Zugriff der Banken auf unsere Schulen!

Der Sanierungstau in den Berliner Schulen ist groß! Lehrer, Schüler und Eltern können davon ein Lied singen: Der Senat plant eine „Berliner Schulbau-Offensive“ – das begrüßen wir ausdrücklich.

Aber der vorgeschlagene Weg dahin führt in die falsche Richtung. Die Schulgebäude und ihre Grundstücke werden privatisiert.

Wie denn das?

1. Man macht den Bezirken Angst: Das Projekt Schulbau wird als riesengroß dargestellt. Dazu werden die Sanierungs- und Neubaukosten der kommenden 10 Jahre summiert:
Schulsanierung + Neubau = 5,5 Milliarden Euro + baulicher Unterhalt.
So entsteht eine gewaltige Summe, die höher ist als die Baukosten des Flughafens BER.
2. Die Bezirke, bisher für den größten Teil der Aufgaben zuständig, fühlen sich nach den Jahren des Personalabbaus überfordert – sie wissen nicht, was sie machen sollen.
3. So entsteht der Ruf nach der Rettung von außen. Die privatrechtlich organisierte Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE soll es richten. Sie hat allerdings keine Ahnung von Schulbau und selbst nur eine kleingesparte Bauabteilung. Die Bezirke dagegen haben – trotz allem Personalabbau! – immer noch eine halbwegs funktionierende Verwaltung mit dem nötigen Know-how: Man müsste lediglich wieder ergänzen, was
- abgebaut wurde, und weiter aufstocken – neue Arbeitsplätze würden geschaffen.
4. Aber nein! Ein nicht näher bezifferter Teil der 800 Berliner Schulgebäude und ihre Grundstücke sollen für 30 Jahre (zum Beispiel per Erbpachtvertrag) der privatrechtlichen GmbH HOWOGE überschrieben werden, sodass diese darauf teure Kredite auf dem Kapitalmarkt aufnehmen kann. Die Bezirke müssen dann ihre Schulen 30 Jahre lang zurückmieten. Sie verlieren die Verfügungsgewalt über ihre Schulen völlig und zahlen jahrzehntelang hohe Mieten, sind darin doch die Kosten für die Zinsen an die Banken (und für die HOWOGE?) enthalten.
5. Dabei ist das Geld für Schulsanierung und -neubau da! Es steht schon jetzt im Haushalt 2017/2018. Finanzsenator Kollatz-Ahnen will sogar weiter Altschulden tilgen. Das bedeutet: billige Kredite zurückzahlen und teure, riskante Kredite aufnehmen!

Ein Milliardendeal, noch verhängnisvoller als das Chaos beim BER!

Was tun?

1. Eine öffentliche Debatte auf Landes- und Bezirksebene! Eltern, Lehrer, Schüler und die Berliner Öffentlichkeit sind einzubeziehen.
2. Zurücknahme der vorläufigen Weichenstellungen hinter unserem Rücken auf Ebene des Senats mit den Bezirksbürgermeistern!
3. Verstärkte Schulsanierung mit öffentlichen Mitteln!

Mehr dazu unter:

www.gemeingut.org

Berliner Senat will den Schulbau privatisieren – wir brauchen einen Weckruf!

In Berlin wird die Privatisierung des Schulbaus vorbereitet. Hinter der – dringend notwendigen – Sanierung von Schulgebäuden wird der Ausverkauf dieser Gebäude versteckt. Am 6. November hat der Berliner Senat die entsprechenden Weichen gestellt.

Dagegen haben wir die Kampagne „Privatisierung der Schulen verhindern!“ gestartet. Dazu laden wir Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen ein.

Sonst werden unsere Schulen zu Anlageprodukten, an denen Banken und Versicherungen jahrzehntelang verdienen. Der Senat hat sich mit den Bezirksbürgermeistern hinter verschlossenen Türen auf dieses Modell geeinigt.

Wir wissen nicht, was ausgerechnet Rot-Rot-Grün zu so etwas treibt. Fehlende Mittel oder die Schuldenbremse kommen als Motiv nicht infrage! Das Geld für die Schulen ist da und ist bereits im Haushalt für 2017 und 2018 verankert – ohne neue Kreditaufnahme. Berlin tilgt sogar alte Schulden. Die Stadt hat schon genug schlechte Erfahrungen mit Privatisierungen gemacht: von den Wasserbetrieben über die Wohnungsbaugesellschaften bis hin zu den Energieversorgern. Tatsächlich aber haben die Wirtschaftsprüfer von PricewaterhouseCoopers diese Konstruktion für Schulen empfohlen. Ihr Masterplan für die Privatisierung der Daseinsvorsorge in Deutschland ist erst ein Jahr alt und die Vorbereitungen in Berlin werden in einem Papier der Privatisierungslobbyisten eigens erwähnt. Die Berlinerinnen und Berliner brauchen jedoch keine Nachhilfe in Privatisierungen! Wenn sie wüssten, was tatsächlich mit ihren Schulen geplant ist, wären sie vermutlich einigermäßen ungehalten und würden dagegen aufstehen.

Eigentlich müsste zuerst das Abgeordnetenhaus über so eine wichtige Frage beraten. Aber

die Abgeordneten von „R2G“ sind in dieser Frage seltsam passiv. Ist es vorstellbar, dass die Abgeordneten die Folgen eines solchen Grundstücksdeals nicht übersehen oder gar nicht informiert sind? Schließlich würden ja gewaltige Mehrkosten entstehen – Geld, das den Schulen dann fehlt! Darüber hinaus würden die Schulen der Verfügungsgewalt der Kapitalmärkte ausgesetzt. Das geht dann so: „Ihr habt einen großen Schulhof mit alten Bäumen? Die Bäume werden gefällt, der Schulhof aufgeteilt. Ein Teil wird verkauft und bebaut! Die Parkplätze auch! Kuchenbasar und Spendenlauf am Wochenende auf dem Schulgelände? Abendveranstaltungen in der Schule? Je 1000 Euro Extramiete bitte! Die Toiletten stinken? Wählt diese 0900-Nummer!“ Das klingt nach Übertreibung, aber genau solche Vorfälle sind bittere Realität in Schulen, deren Grundstücke bereits veräußert, verpfändet oder in eine öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) überführt worden sind.

Die Öffentlichkeit in Berlin ist noch kaum über diese Vorgänge und ihre Folgen informiert. Das wollen wir ändern! Unsere Pressekonferenz am 3. November, die wir gemeinsam mit Attac Berlin und dem Berliner Wassertisch ausgerichtet haben, war ein erster Paukenschlag. Damit haben wir unsere Kampagne „Privatisierung der Schulen verhindern!“ gestartet. Wir werden über die Pläne des Berliner Senats informieren und gegen deren Umsetzung opponieren.

P.S. 2003 wurden in Edinburgh (Schottland) Schulen per ÖPP-Projekt privatisiert. Sie wurden seither sage und schreibe 13-mal weiterverkauft. Die derzeitigen Eigentümer sind Investmentfonds, die ausnahmslos ihren Sitz in Steueroasen haben. Eine Untersuchung hat gezeigt: Die ÖPP-Schulen sind marode! 17 davon mussten für Monate geschlossen werden. Vergangenes Jahr ist bei einer der Schulen morgens vor Schulbeginn die Giebelwand eingestürzt.

Mehr Informationen und Unterschriftenaktion: www.gemeingut.org